



Lindauer Hoybote

Seite 2 Arbeitsplatzabbau bei Axima Lindau

Seite 3 Linkspartei - gerade richtig!
Seite 5 Bayrisch, steirisch ... gräßlich

Seite 4 GWG - Gestalten Wir Gemeinsam
Seite 6 Gurkenpolitik des Landkreises

Depperte Hoch-Tief-Breit-Garagen

Vom Parkplatz zum Stadtfest



Was sind wir froh: Gibt's neben endlosen Parkhaus-Diskussionen auch Erfreuliches in unserem Städtle, das Stadtfest zum Beispiel!

Seit Jahren diskutieren Teile des Stadtrates über ein Parkhaus auf der Insel. Ein knappes Dutzend Investoren samt ihren Architekten wurde aufgefordert, Pläne und Preise für solch ein Monstrum vorzulegen. Das taten die dann auch: Berge von Hochglanzpapieren stapelten sich auf den Bänken der Fraktionen. Alles vom Feinsten und alles recht teuer. Zwei Projekte, die mit Abstand teuersten, wurden, in einer sonderbaren Kampfabstimmung unter den Parkhausbefürwortern, ausgewählt. Wer zwei und zwei zusammenzählen kann, wusste, dass wir diese Varianten nicht bezahlen können. Trotzdem wurden Teile unserer Stadtverwaltung wieder wochenlang mit der näheren Prüfung der beiden Investoren beschäftigt. Im Lindauer Kabaräh haben wir gelernt: So etwas kostet nichts, denn die Leute in der Verwaltung sind ja „eh da“. Im Juli nun trat der Stadtrat wieder zusammen und befasste sich mit der Vorlage der Verwaltung. Dort stand schwarz auf gelb, dass diese Parkhäuser nicht finanzierbar sind. Als nun die Parkhausfreunde der CSU und der Freien Bürger auf der Verwaltung rumhackten, von wegen deren Zahlen sind falsch und die Verwaltung wolle nur ein Parkhaus verhindern, war allen anderen

klar: Dieses Thema wird uns noch lange Geld, Zeit und Nerven stehlen

Seidl müllert sich durch

Verantwortlich für diese Dilemma ist Frau Oberbürgermeisterin Seidl. Seit Ihrem Amtsantritt ist Ihre mangelnde Konfliktbereitschaft und ihr anmaßender Anspruch, den Stadtrat „im Griff“ haben zu wollen, Ursache für diese Fehlentwicklungen in unserer Stadt. Ob es um den Bahnhof geht, die Realschule, das Krankenhaus oder um depperte Hoch-Tief-Breit-Garagen, es ist immer das gleiche Spiel: Frau Seidl müllert sich durch, ohne klar Stellung zu beziehen und scheut scheinbar unpopuläre Entscheidungen. Wirkliche Beratungen im Stadtrat finden so gut wie nicht statt. Und der Name dieses ehrenwerten Gremiums kommt von „beraten“ und nicht von „raten, wer die Mehrheit hat“. Die Damen und Herren unseres Rates sind nicht das Problem. In vielen Ausschusssitzungen findet dieses konstruktive Miteinander sehr erfolgreich statt. Und die Zusammenarbeit mit den anderen Parteien und Gruppierungen ist aus Sicht der Bunten Liste sehr gut. Dies sollten wir zum Wohle unserer Stadt nutzen. Und wer dafür einen Beleg sucht, sollte sich auf dem Lindauer Stadtfest umschauen: Dort sind Aktive aus fast allen politischen Lagern dabei und gestalten ein Fest von Lindauern für uns und unsere Gäste. Und unzählige unserer BürgerInnen standen auf der Bühne: Seien es die Chöre, die Tanzschulen, die Musikvereine und Bands, die jungen Artisten vom Zirkus Bleichewiso oder das Lindauer Kabaräh. Dieses Potential macht unsere Stadt reich und lebenswert. Und Diskussionen über Parkhäuser zur lästigen, aber letztlich unwichtigen Nebensache.



Im kommenden Bundestag braucht es ein Gegengewicht zur liberalen Wirtschaftspolitik der schwarzrotgrünen Parteien und der mächtigen Lobby des großen Geldes. Deshalb gebe ich meine Stimme der neuen Linkspartei. Denn gute Politik entsteht nur aus der Vielfalt der Meinungen.

Uli Kaiser



In eigener Sache

Auf geht's ...

Lindau hoch - endlich Ferien - Sommer, Sonne, Weizenbier; eine Insel der Glückseligkeit? Und da platzt die BUNTE LISTE - nach geraumer Zeit - mal wieder mit einem Hoyboten herein. Mit sechs Seiten - so viel Information wie nie zuvor. Sein Erscheinen noch vor der anstehenden Bundestagswahl ist kein Zufall. Zeigt doch die bisherige Politik der etablierten Parteien und Wirtschaftsverbände auch in Lindau ihr wahres Gesicht. Firmen wie Axima, Bahlsen und Dornier haben mit dieser hässlichen Globalisierungsfratze bereits Bekanntheit gemacht. Die Angst geht um, jeder kann der nächste sein. Ohnmacht? „Nur die dümmsten Kälber wähl'n ihre Schlächter selber“ - oder noch dümmer, gehen erst gar nicht zur Wahl. Also, liebe Lindauerinnen und Lindauer: Auf geht's, wählen gehen! Aber was? Statt einer pauschalen Wahlempfehlung der Bunten Liste haben wir die AutorInnen dieser Ausgabe um ihre persönliche Empfehlung gebeten. Bilden Sie sich also bitte selbst eine Meinung und erwarten Sie (frei nach Bert Brecht) keine Antwort als die Ihre.

Karl Heinz Brombeis

P.S.: Pest oder Cholera? Zum Glück gibt's eine gesunde Alternative.
Und die heißt für mich: Linkspartei!

Von der Pubertät direkt in die Alters-Teilzeit

Es grünt so Grün?

Was ist passiert in den letzten Jahrzehnten? Lebten wir nicht mal in einer sozialen Marktwirtschaft, wie gesagt in einer sozialen.

Vielleicht geht es Ihnen ähnlich wie mir. Die Hoffnung, dass die Grüne Bewegung unser Land ökologisch und sozial nach vorne bringt, ist begraben.

Vor sieben Jahren schwankten wir noch zwischen Schadenfreude und Hoffnung als Rot-Grün die Regierung übernahm. Schröder, dem Autokanzler, haben wir zwar noch nie getraut, aber die Grünen sind, so dachten wir, ein Regulativ.

Und wo stehen wir nun?

Ein paar Zahlen zur Beurteilung der Lage:

Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen stiegen von 1993 bis 2003 um 49,2%. Die Einkommen der ArbeitnehmerInnen aber nur um 10,2%. Das zeigt deutlich, dass auch unter Rot-Grün das Geld an die Reichen ging. Umverteilung nennt man das.

Und was ist mit den Steuern?

Betrachten wir den Zeitraum von 1960 bis 2004.

In diesen 44 Jahren ist der Anteil der ArbeitnehmerInnen am Steueraufkommen von 37,5% auf 76,8% gestiegen. Die Steuern aus Gewinnen von 34,7 auf 14,8% gesunken. Auch da ist bei Rot-Grün kein gegenläufiger Trend erkennbar gewesen.

Konjunktur ankurbeln

Das zeigt sich auch bei den angeblich so schädlichen Lohnerhöhungen. Wir ArbeitnehmerInnen verdienen immer weniger, wer bitte soll da mehr einkaufen und die Wirtschaft ankurbeln?

Diskutiere ich nun mit Grünen über meinen Frust, höre ich Sätze wie: Wenn man an der Regierung bleiben will, muss man als kleinerer Partner Kompromisse eingehen. In der Opposition sieht alles anders aus, als in der Verantwortung. Und, und, und. Auf die Idee, so wie Oskar, dem Schröder den Laden hinzuschmeißen, sind sie gar nicht mehr gekommen. Nun stehen sie und wir vor einer neuen Wahl, na Bravo, gut gemacht.



Ich werde die neue Linkspartei wählen. Es muss frischer Wind ins Parlament. Aus den Grünen ist die Fischerpartei geworden. Und die größten Schwierigkeiten haben sie damit, dass nun eine Partei auftaucht, die genauso chaotisch und engagiert ist, wie sie selber mal waren. Die Grünen von der Pubertät direkt in die Alters-Teilzeit, auch das ist Entwicklung. Innovation traue ich ihnen nicht mehr zu, leider.

Götz Rauch

120 Arbeitsplätze sind bei der AXIMA weggefallen

Von Arbeitsplätzen, Rechten und Hoffnungen im Wandel der Zeit

Unter Sulzer-Escher Wyss Zeiten ging alles noch etwas langsamer, die Entscheidungsfreudigkeit war nicht so ausgeprägt und der Aktienkurs noch nicht so wichtig. Mit dem geplanten Verkauf an den damals Belgischen Konzern 2000/2001 hatte sich das schlagartig geändert. Die letzten zwei Jahre hatten wir starke Hoffnung, dass unsere neuen Herren investieren werden. Wir alle wussten, dass unser Gebäude, die Infrastruktur und sonst noch einiges modernisiert werden müsste.

Auch die Stadt Lindau machte sich große Hoffnung und plante mit. So lange es möglich war wurde uns ein Grundstück frei gehalten. Die Planungen und Hoffnung auf einen Neubau platzten dann endgültig im November letzten Jahres. Wir, die Belegschaft und ich glaube auch die Stadt Lindau, kam sich auf gut Deutsch verarscht vor. Die neuen Herren, inzwischen nennt sich das alles SUEZ mit Sitz in Paris und weltweit 220.000 Mitarbeiter, strukturierten wieder mal um. Warum wohl, klar der Aktienkurs, die Rendite, ja und man will auch die verstaubten Sulzerstrukturen ändern.

Stimmung im Laden

Die Bombe platzte im November, aus Köln flog unser neuer Chef der AXIMA Deutschland ein und verkündete uns die Neuigkeiten: Unser Geschäftsführer verlässt das Unternehmen, kein Neubau, Schließung der Fertigung, 42-Stunden-Woche, 24 Tage Urlaub und kein Weihnachtsgeld, so zumindest die Forderungen der Konzernleitung aus Köln. Besitz und Grundstück ist nicht mehr gefragt, Mieten und Leasen ist jetzt die Zauberformel. Da war Stimmung im Laden. Nun das ganze Hick-Hack erspare ich mir jetzt, das war ja in der Zeitung zu lesen. Frustrierend ist die Tatsache, dass die Belegschaft für die Fehlentscheidungen der Vergangenheit bezahlen muss. Neue Besen sollen gut kehren, seit Januar haben wir einen neuen Geschäftsführer. Obwohl wir seit Januar recht zügige und konstruktive Verhandlungen hatten, in denen wir auch zu annehmbaren Ergebnissen gekommen sind, mussten wir wie immer feststellen, dass es mit den Rechten und der Mitbestimmung in diesem unserem Lande nicht weit her ist.

Schwierig ist auch immer der Ruf nach Aktionen. Wir als Betriebsrat sind nicht dazu berechtigt zum Streik aufzurufen. So lange über Restrukturierung und Personalabbau d.h. Interessensausgleich und Sozialplan verhandelt wird sind uns ziemlich die Hände gebunden. Solange es keine tarifpolitischen Themen sind, hat auch unsere Gewerkschaft, die IG-Metall, ein Problem. Streiken geht nicht so einfach. Wenn, dann sind Kundgebungen außerhalb der Arbeitszeit möglich. Wir verteilten Flugblätter an die Belegschaft und es gab eine zusätzliche Betriebsversammlung an der auch unsere Frau Oberbürgermeisterin teilnahm.

Zu guter Letzt bin ich überzeugt, dass wir als Betriebsrat einen ordentlichen Sozialplan erkämpft haben. Dies

Einer von 120

Die Gier ist eine Sau

Bei Sulzer-Escher Wyss (später AXIMA) habe ich die Lehre gemacht, insgesamt habe ich fast 24 Jahre bei dieser Firma gearbeitet und war seit 1998 Mitglied im Betriebsrat. Als ehrenamtliches Mitglied in diesem Gremium stand ich unter einem besonderen Kündigungsschutz. Was dieser in unserer Republik wert ist, erfuhr ich, als es hieß, dass meine Abteilung komplett geschlossen wird und dass es für mich keine gleichwertige Arbeit mehr gibt.

Nächste Möglichkeit: Ein anderer Arbeitsplatz wird für mich freigezündigt! Soviel zum Thema Kündigungsschutz der von konservativen Kreisen als extrem hohe Hürde für Neueinstellungen oft und gern angesprochen wird.

Im Mai 2005 war ich einer von 120 KollegInnen, die ihre Papiere abholen durften – nachdem im November 2004 von der Geschäftsführung Deutschland mit Sitz in Köln angekündigt wurde, dass es 120 Köpfe sind, die möglichst sozialverträglich gehen müssen.

Wie so oft traf es bei dieser Maßnahme in erster Linie die kleinen ArbeiterInnen und Angestellten, die, die nie

ändert nichts an der Tatsache, dass bei AXIMA 120 Arbeitsplätze weggefallen sind. Sicher ist es uns gelungen für viele Kolleginnen und Kollegen eine (ich hasse dieses Wort) sozialverträgliche Lösung zu finden. Mit der Selbstständigkeit eines Betriebsteiles hoffen wir, dass diese Kollegen auch weiter einen Arbeitsplatz behalten. Mit Abfindungsgeldern und vorgezogener Rente, bis hin zu einer Transfergesellschaft, haben wir sämtliche Möglichkeiten ausgenutzt. Die Entlohnung in der Transfergesellschaft liegt zwischen dem Arbeitslosengeld und dem Nettoverdienst, die Höhe wurde vom Betriebsrat im Sozialplan ausgehandelt. Zusätzlich werden die Mitarbeiter weiter qualifiziert und am Arbeitsmarkt vermittelt. Die Transfergesellschaft arbeitet mit dem Bfz in Lindau zusammen und wir erwarten uns davon recht gute Erfolgchancen für die Kolleginnen und Kollegen. Nach Abschluss von Interessenausgleich und Sozialplan wurde noch zwischen IG-Metall und Arbeitgeberverband (VBM) ein Sanierungstarifvertrag ausgehandelt. Erst nach genauer Prüfung durch die IGM und Zusagen von AXIMA zu Gegenleistungen kam es zu einem Abschluss. Die Belegschaft bringt in drei Jahren 660 Stunden mehr Arbeitsleistung ohne Lohnausgleich ein. Im Gegenzug gibt es eine weitest mögliche Arbeitsplatz- und Standortgarantie und es bleibt bei der Anerkennung des Flächentarifvertrages, sowie beim Verbleib im VBM. Inzwischen informierte die Geschäftsleitung, die neue „AXIMA“ soll am Standort Kemptener Straße bleiben. Dazu soll ein Teil des Grundstückes verwertet werden und mit Hilfe von Investoren auf dem kleineren verbleibenden Teil neue, angepasste Gebäude entstehen. So hoffen wir, dass die 360 Arbeitsplätze auch weiter eine Zukunft haben. AXIMA ist kein Einzelfall, auch nicht in Lindau.

Was ist eigentlich los in Deutschland?

Schreiben wir zukünftig an die Grenzen „Willkommen im Jammertal der Unternehmer“?! Sie jammern über den Standort, über zu hohe Lohnkosten, über die Mitbestimmung, Arbeitszeitgesetze und über ihr zu geringes Einkommen. Seltsam bei so schlechten Bedingungen ist nur, dass wir Exportweltmeister sind. Kann mir das mal einer erklären?

Unsere Wirtschaft hat keine Ideen mehr, es gibt auch kaum mehr Unternehmer, jetzt sind das alles Manager und hängen an den Aktienkursen.

Inzwischen gilt die BRD im Ausland als äußerst lukratives Investitionsland. Der Standort Deutschland ist nicht schlecht, wir haben nur die schlechtesten Manager. Wenige Ausnahmen gibt es, so gab es kürzlich Kritik von Porsche-Chef Wendelin Wiedeking an der Verlagerung von Arbeitsplätzen. Zitat: Es ist wenig sinnvoll, ja geradezu der Gipfel des Unsinnens, wenn man in Zeiten, in denen mehr als fünf Millionen Arbeitslose in Deutschland registriert sind, den Job-Export auch noch aus dem

was anderes wollten als ihren Job möglichst korrekt und möglichst bis zur Rente machen.

Nieten in Nadelstreifen

Jahrelanges Missmanagement, falsche Weichenstellungen und das Aussitzen von Entscheidungen von Lindau über Winterthur bis Brüssel kostete uns den Job, wir haben die Suppe auszulöffeln, die uns Theoretiker und Schreibtisch-Strategen in jahrelanger „Die-Gier-ist-eine-Sau“-Manier eingebrockt haben. Nicht alle meiner entlassenen KollegInnen hatten wie ich das Glück, gleich wieder Arbeit zu finden. Viele lernen jetzt – nach bis zu 35 Jahren in der gleichen Firma, wie man sich richtig bewirbt und mit zig% weniger Lohn auskommen muss. Oder ob man mit „über 50“ irgendwann noch mal einen Job bekommt, bevor man in Hartz IV bzw. ALG II abrutscht. Nein, auf Schicksale einzelner wird keine Rücksicht genommen. Es fragt auch kein Manager in Nadelstreifen, wie Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen damit fertig werden, wenn sie nach jahr-

deutschen Steuertopf subventioniert. Deutschland könne seine Spitzenposition im globalen Wettbewerb auch nicht durch Lohn- und Sozialdumping absichern. Wir verarmen, wenn wir asiatisch werden wollen!, sagte er. Chinesische Lohnkosten wären Unsinn. Mit welchem Geld solle dann der deutsche Arbeitnehmer konsumieren? Die Lohnkosten seien nicht das Problem, so Wiedeking. Dem kann ich nur zustimmen. Laut Statistischem Bundesamt sind seit 1993 die Bruttolöhne um 32% gestiegen, die Nettolöhne um 22% und inflationsbereinigt haben wir 4% weniger als vor 12 Jahren.

Das ist realer Kaufkraftverlust!

Auch wenn Müntefering wohl eher zufällig mal wieder Marx gelesen hat, die Kapitalismuskritik ist durchaus berechtigt und notwendig. Wenn Westerwelle als PausencLOWN jetzt die Gewerkschaften für den Untergang der deutschen Wirtschaft verantwortlich macht, kann das wohl keiner ernst nehmen.

Wir sollten uns nicht durch die Merkels, Hundts, Kannegiesers und Christansens solange verblöden lassen, bis wir das neoliberale Geschwafel selber glauben. Wie stark die Mitbestimmung und der Kündigungsschutz in der Bundesrepublik ist, konnten wir gerade selber erfahren. Faktisch konnten wir nur über die Höhe der Abfindung mitreden, selbst die wenigen Kündigungsschutzklagen wurden mit Geld geregelt. Wenn jetzt im Herbst noch Merkel und Co an die Regierung kommen würden und nur Bruchteile von dem, was angekündigt wurde umgesetzt wird, können wir das Betriebsverfassungsgesetz vergessen. Die Rechte der Arbeitnehmer werden keine mehr sein! Schwarz/Gelb wäre die größere Katastrophe. Wir Arbeitnehmer müssen wieder selbstbewusster werden, auch wenn wir von Rot/Grün enttäuscht wurden.



Jetzt gibt es eine neue Gruppierung am linken Flügel, die neue Linkspartei. Ich meine, ein linkes und soziales Gewissen hat Deutschland nötig. Sicher muss die neue Partei noch wachsen und sich festigen, aber trotz allem wäre sie meine Wahlempfehlung.

Ernst Laufer
Betriebsrat Axima
Refrigeration GmbH

www.bunteliste.de

zehntelanger Mitarbeit gehen müssen und wie es Ihren Familien dann geht. Hauptsache, das Bankkonto der Global Player und der Aktienkurs des Shareholders wächst überdimensional.



Vielleicht gibt es links neben den etablierten Parteien noch eine Möglichkeit um auch in Zukunft Mitbestimmung, Kündigungsschutz und ein bisschen Menschlichkeit in der Arbeitswelt zu erhalten.

Markus Pfersich
Ex-Mitarbeiter &
Ex-Betriebsrat
Axima Refrigeration GmbH

Bundestagswahl 2005

Die neue Linkspartei - gerade richtig!

Unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erreichten SPD und B90/Die Grünen im Wechselspiel mit der parlamentarischen Opposition von CDU/CSU und FDP im Bundestag, dass für den 18. September 2005 Bundestagswahlen angesetzt wurden. Bundespräsident Horst Köhler (CDU) segnete diese Verfassungsverletzung zwischenzeitlich ab. Hervorgegangen aus der Kritik und den Protesten gegen die Gesetze und Maßnahmen der Regierungs-Agenda 2010 und den „Hartz-IV“-Gesetzen entwickelten sich auf der anderen Seite WASG und PDS inzwischen zur gemeinsamen Wahlalternative DIE LINKSPARTEI.PDS. Bei Teilen der ausgegrenzten, benachteiligten und arbeitslos gemachten Menschen unserer Republik weckt diese neue Partei inzwischen große Hoffnungen.

Hoffnungen, die Linkspartei bewährt sich ab Herbst 2005 als parlamentarische Kraft im Bundestag gegen das globalisierte System des Industrie-Kapitalismus.

Dieses zwingt immer mehr Menschen auch in Europa, Deutschland aber auch in Lindau unfreiwillig in eine Lebensperspektive ohne menschenwürdige Arbeit, ohne wirksamen Schutz durch die bisherigen parlamentarischen Parteien und die Gewerkschaftsführungen. In einer der Umweltzerstörung und Kriegen weiter geopferten Welt sind viele auf der anderen Seite suchtarig einer medialen Ersatzwelt ausgeliefert.

Mit ihren Forderungen, diejenige privilegierte Minderheit in der Gesellschaft, welche durch die Art und Organisation dieser Gesellschaft zu unsittlich großem Reichtum gelangte, endlich durch eine angemessene stärkere Besteuerung ihrer Börsengewinne, ihrer sonstigen Spekulationsgewinne und ihrer Luxusgüter gerechter an der Steuerlast zu beteiligen, setzt die Linkspartei ein richtiges Signal:

Mit diesen zusätzlichen Milliarden an Steuereinnahmen könnten die staatliche Schuldenlast eingedämmt sowie dringende weitere Investitionen beispielsweise im Umweltschutz und bei der Bildungspolitik finanziert werden.

„Unerhörte“ Forderungen

Außerdem durchbricht der Blickwinkel dieser „unerhörten“ Forderung ein über viele Jahre von der großen Mehrheit der Medien propagiertes Denktabu, den riesigen Reichtum in unserer Gesellschaft quasi als naturgegebenes Vorrecht einer Minderheit hinnehmen zu müssen. Tatsächlich aber existiert keine ethisch akzeptable Begründung dafür, dass beispielsweise die beiden ALDI-Besitzer Karl und Theo Albrecht zusammen über ein Vermögen von derzeit rund 24 Milliarden Euro verfügen, oder beispielsweise die Familie Schlecker über ein solches von 1,15 Milliarden Euro. Die Linkspartei tritt

Rote Karte für den Sozialabbau

Angst geht um in diesem Land. Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Armut im Alter und bei Krankheit zukünftig keine vernünftige Gesundheitsversorgung erhalten oder sie nicht mehr bezahlen zu können. Die Sorgen der Menschen in diesem Land drehen sich um den (fehlenden) Ausbildungsplatz der Kinder und die geplanten, ständig steigenden Studiengebühren und damit sinkender Chancen der jungen Generation. Ununterbrochen wird uns vermittelt, dass all diese Probleme lösbar seien, wenn wir alle den Gürtel enger schnallen, die Unternehmen ihre „Lohnnebenkosten“ senken und wir (auch persönlich) noch „wettbewerbsfähiger“ werden. Begriffe wie Flexibilität und Arbeitszeitverlängerung werden zu Kampfbegriffen des Roll Back auf allen Ebenen. Wir, die Linken hier in Bayern treten an, dieser Demagogie die Stirn zu bieten und aufzuzeigen, dass es

sympathischerweise hierbei für die Interessen der Verkäuferinnen und Kunden bei ALDi und Schlecker ein und nicht für jene der Besitzerfamilien.

Die Linkspartei stellt sich damit auch ihrer Aufgabe, der inzwischen auffällig verbesserten Sozialdemagogie der rassistischen, deutschnationalen und neofaschistischen Kräfte in der deutschen Politik ein passendes geistig-politisches Alternativkonzept entgegenzusetzen. Nicht nur SPD und B90/Die Grünen müssen sich bei den anstehenden Bundestagswahlen Sorgen machen, dass ihre falschen Versprechungen im Bereich der Sozial- und Wirtschaftspolitik dank der erfrischenden Programmatik der Linkspartei deutlicher und rechtzeitiger durchschaut werden. Dies trifft auch für die CDU im Osten der Republik und die politischen Demagogen am braunen Rand des politischen Spektrums zu.

Mit der Absage der Linkspartei an den Einsatz der Bundeswehr zur „Vaterlandsverteidigung“ außerhalb der Grenzen Deutschlands und ihrer Ablehnung der Überlegungen von SPD, CDU und CSU, die Armee mit bisherigen Polizeiaufgaben nun auch im Inneren der Republik einzusetzen, werden wichtige Signale für eine friedlichere Zukunft und zu einer finanziellen Entlastung der Bundesfinanzen gesetzt.

Dazu gehört auf europäischer Ebene auch die Forderung, jenen Abschnitt in der vorliegenden EU-Verfassung ersatzlos zu streichen, welcher die EU-Mitgliedsländer zu einer dauerhaften Aufrüstung verpflichten soll.

Wirtschaftsliberalismus – Wirkungen vor Ort

Mit der von CDU/CSU, FDP, SPD und B90/Die Grünen gemeinsam in Kraft gesetzten „Bahnreform“, hatten diese sich 1993/94 dagegen entschieden, die damalige Deutsche Bundesbahn durch den Aufbau eines verzweigten und wirksamen Systems der demokratischen Kontrolle durch ihre Kunden zu modernisieren. Sie entschieden sich wirtschaftsliberal für den Weg der Bahnprivatisierung in Form der Deutschen Bahn AG. Seither wurden sowohl der Ruf der Eisenbahn im Lande, als auch ihr umweltschonenderer Anteil am Transport von Personen und Gütern gegenüber der wachsenden Flut an PKW und LKW erneut verkleinert. Die Lindauer Erfahrungen mit der alt-neuen „Arroganz der Macht“ in Person der neuen Bahnmanager zeigt seit 1997 zusätzlich, welche Fehlentwicklung die bürgerliche politische Elite dieser Republik im Bereich der Verkehrspolitik der Bevölkerung zumutet. Die neue Linkspartei stellt sich im Kontrast hierzu auf die Seite eines massiven Ausbaus des öffentlichen Verkehrswesens in Form von

Eisenbahn und Linienbussen, um den zerstörerischen Landschafts- und Gesundheitsfraß des privaten Individualverkehrs einzudämmen und zu stoppen.

Ob die am 18. September gewählten Bundestagsmitglieder der Linkspartei.PDS dann im Getriebe ihres parlamentarischen Alltags sich auch tatsächlich weiter für die überzeugenden Inhalte ihres Programms einsetzen, oder ob auch sie sich von den korrumpierenden Verlockungen der parlamentarischen Machtbeteiligung bestechen lassen, ist noch nicht entschieden. Es wird an den Menschen im Lande liegen, wie viel politischen Druck diese über Bürgerinitiativen, Gewerkschaften, Leserbriefe, Demonstrationen und Streiks aufbauen, damit die Interessen der Benachteiligten, Ausgegrenzten und Arbeitslosen in dieser Republik endlich genügend Gehör finden. Die politische Chance für eine Änderung der Bundestagspolitik beginnt mit der Wahl der Linkspartei am 18. September 2005. Sie bleibt aber nur erhalten, wenn ab Oktober 2005 außerhalb des Parlaments weiterhin politische Eigeninitiative existiert und verstärkt wird.

Der Direktkandidat der Linkspartei für den Bundestagswahlkreis Lindau-Allgäu-Kempten, Markus Högg aus Kempten, IGM-Gewerkschaftsaktivist und Mitglied von WASG, formulierte dies mit folgenden Worten: „Politik bewegt sich nur dann, wenn die Menschen sich bewegen. Wollen wir in dieser Gesellschaft etwas verändern, benötigen wir eine neue, gerechte, basisfähige und bündnisübergreifende Politik, die die Menschen, die es betrifft, mitnimmt und mit einbezieht. Wir müssen weg von der neoliberalen Politik der Wirtschaftslobbyisten, die ausschließlich der Gewinnmaximierung und dem Kapital dient.“

Charly Schweizer



Charly Schweizer ist Direktkandidat der Linkspartei für den Wahlkreis Biberach-Wangen (Foto: Daria Sürer)

andere Konzepte gibt, dass Globalisierung und vor allem ihre Folgen nicht vom Himmel fallen. Wir wollen, dass wieder über eine gerechte Wirtschaftsordnung diskutiert wird, dass das Wort Würde wieder in Zusammenhang gebracht wird mit real existierenden Menschen. Ich mit meiner Person stehe für eine Verbindung von außer- und innerparlamentarischer Opposition, die sich vornimmt, einer Koalition der Deregulierung und des weiteren Sozialabbaus die rote Karte zu zeigen.



Eva Bulling-Schröter
Bundestagskandidatin der Linkspartei (Listenplatz 2)

Termin:

Dr. Winfried Wolf

„Sieben Jahre wirtschaftsliberale Politik von Rot/Grün – Welche Alternative gibt es?“

Vortrag und Diskussion
am Donnerstag, den 8. September 2005
um 20.00 Uhr im Gasthof Köchlin



www.bunteliste.de

Es gibt in Lindau auch erfrischend Positives zu berichten

GWG – Gestalten Wir Gemeinsam!

Missmanagement, Modernisierungstau, Stagnation, arroganter bis unverschämter Umgang mit den eigenen Mietern waren jahrzehntelang die Markenzeichen der städtischen Wohnungsbaugesellschaft GWG. Während in den achtziger Jahren Wohnungsnot und Wohnungsmangel in Lindau äußerst akut waren, war die GWG unfähig, hier abzuweichen obschon die Satzung der GWG vorschreibt: „Sozialer Mietwohnungsbau, der Bau von preiswertem Wohnraum mit Miet- und Eigentumsmaßnahmen für breite Schichten der Bevölkerung.“ Seit 1980, seit es die BUNTE LISTE Lindau gibt, lauteten unsere politischen Kernforderungen an Stadtrat und GWG:

- ökologische und sozialverträgliche Sanierung des Altwohnungsbestandes
- Schaffung neuer Wohnungen mit sozialen Mietpreisen
- Förderung der Mietereigeninitiative
- Fairer Umgang mit den Mietern
- Einstellung eines Mieterbeauftragten.

Die Erfüllung dieser Forderungen scheiterte sehr lange an den Mehrheitsverhältnissen im nichtöffentlichen Aufsichtsrat und den jeweiligen Geschäftsführern der GWG. Deren schlechte Verwaltung anstatt kreativer Gestaltung gaben der GWG den Rest.

Seit 2001 ist diese GWG Vergangenheit. Seit 1.1.2001 ist Heiko Leonhard Geschäftsführer der GWG. Zudem ist seit einigen Jahren eine Mieterbeauftragte tätig für die Früherkennung und -behebung von Problemen auf Mieterseite. Das insgesamt verjüngte Team der GWG ist sehr engagiert, aufgeschlossen und um ein faires Miteinander von GWG und Mietern bemüht.

Die GWG-Bilanz der letzten vier Jahre kann sich sehen lassen. Der Wohnungsbestand stieg von 1351 auf 1709 Wohneinheiten. Überdurchschnittlich viele Wohnungen wurden saniert und modernisiert in der Lugeckstraße, Wiedemannstraße, Gerhart-Hauptmann-Straße und Immanuel-Kant-Straße. Das Neubaugebiet Oberes Rothmoos wurde zügig realisiert. Gewinne aus Neubaumaßnahmen und Verkäufen wurden reinvestiert in die Instandhaltung und Modernisierung des jahrzehntelang vernachlässigten Wohnungsbestandes. Unterschiedliche Architekten sind zum Zuge gekommen. Mit ihrem jeweiligen Stil erneuern sie das Stadtbild, wie Leiblachstraße, die berühmten „Zecher Wohntürme“, das ehemalige Ledigenwohnheim, Dorniersiedlung, Oberes Rothmoos. Die GWG trotz der Krise in der Baubranche und sorgt mit ihren antizyklischen hohen Investitionen für Beschäftigung in der Region.

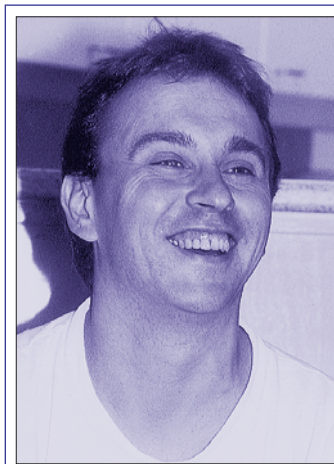
Mit Heiko Leonhard ist ein positives, konstruktives Arbeitsklima von Stadtrat und Geschäftsführung entstanden.



Neben mutigen Architekturprojekten gibt's bei der GWG jetzt sogar eine Initiative zum Thema ‚Kinderfreundlichkeit‘. Im Bild die Wohntürme im Zech (Architekt: Michael Wegner).

den. Jede Aufsichtsratsitzung der GWG beinhaltet für die Stadträte profunde Nachhilfestunden in Betriebs- und Wohnungsbauwirtschaft. Umgekehrt ist der neue Geschäftsführer offen für stadträtliche Hinweise auf soziale Konflikte und Auswirkungen, die nur wirtschaftlich geprägte Entscheidungen haben werden. Kommunalpolitisch, sozial und ökologisch geprägte Forderungen, Anregungen und Kritik werden vom Geschäftsführer nicht als Majestätsbeleidigung seiner Person empfunden, sondern weitestgehend aufgegriffen und umgesetzt.

GWG ist die offizielle Abkürzung für „Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft.“ GWG steht jetzt auch für „Gestalten Wir Gemeinsam“.



SPD und Grüne haben sieben Jahre lang getan, was Wirtschaft und Industrie verlangt haben. Unternehmenssteuern gesenkt und den Sozialstaat demoniert. Es reicht! Der deutsche Bundestag braucht endlich eine starke linke Opposition gegen die wirtschaftsliberale Allparteienkoalition. Daher Linkspartei. PDS.

Alexander Kiss

Beton und Geld fürs schöne Allgäu

„Wir für den Wechsel“ lautet die Schlagzeile der CSU im Wahlk(ampf). Wer hätt's gedacht, aber hier muss ich der Bayern beherrschenden Partei doch einmal zustimmen. Es ist wirklich Zeit für einen Wechsel. Allerdings nicht von der Schröder-SPD zur Stoiber-Merkel-Union – dies ist kein Wechsel.

Stoiber kam (im Traum, am Stammtisch, auf Wunsch eines industriellen Mäzens?) die Idee vom achtjährigen Gymnasium. Ohne Plan wurde es durchgepeitscht. Inzwischen wurden die Lehrer – zumeist G8-Gegner – um Verbesserungsvorschläge gebeten. Stellen Sie sich diesen Chefplaner in einem Superministerium in Berlin vor! Thema Mobilfunk: von den etablierten Parteien werden Bedenken abgewiegelt, Volksbegehren bekämpft, Gefahren negiert. Wie bei Contergan, Holzschutzmitteln und anderen Skandalen: unter den Teppich kehren, warnende Stimmen lächerlich machen, mit massiver Werbung gegen halten, bis möglichst viel Reibach eingefahren ist.

Thema Umwelt: in Sonntagsreden gibt es nur Umweltschützer. Kaum aber gibt es Interessensgruppen, die einen ökonomisch wie ökologisch unsinnigen Flugplatz in Memmingen, eine dritte Startbahn für München fordern, ist alles vergessen. Ist doch toll, wenn die Skifahrer aus Hamburg direkt nach Memmingen fliegen und die Piste suchen. Beton und Geld fürs schöne Allgäu auf Kosten des Steuerzahlers. Wo ich auch hinschaue,

überzeugt mich die ödp. Zwei Punkte (von vielen):

- keine Firmenspenden für Parteien (die ödp kann satzungsgemäß keine Firmenspenden annehmen)
- die Menschenwürde ist unantastbar. Ohne Ausnahme beim Embryo, in Krankheit oder Alter, im Krieg, wo auch immer. Was tun? In dieser Bundestagswahl tritt die ödp nicht an, sondern unterstützt die Familienpartei. Die beiden Parteien haben sehr ähnliche Ziele und erwägen den Zusammenschluss. In Bayern und Baden-Württemberg ist die ödp stärker, im Saarland und in Brandenburg die Familienpartei. Deshalb tritt zur Bundestagswahl die Familienpartei an, bei der



Landtagswahl in Baden-Württemberg die ödp, jeweils mit gemeinsamen Listen. Meine Wahlempfehlung also: Familienpartei!

Xaver Fichtl

Familienministerin beim Kinderfest

Wo bleibt der Scheck, Frau Stewens?

Wenn's nach mir gegangen wäre, dann hätte unsere bayrische Sozial- und Familienministerin keinen Stehplatz auf der Rathauustreppe bekommen. Vor allem nicht an unserem Kinderfest. Da kann sie noch so nette Wünsche auf den Rathausplatz hinausrufen und nachdenkliche Worte sprechen. Die Wahrheit ist doch:

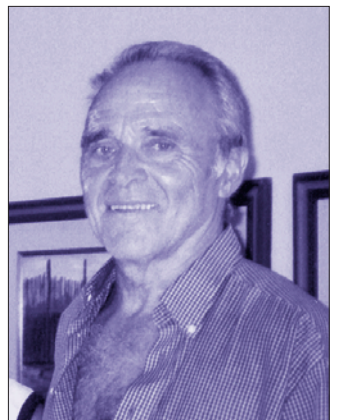
Das Land Bayern führt für unsere Schulkinder Büchergeld ein. Weiters hat sich das Ministerium von Frau Stewens das umstrittenste Finanzierungsmodell für Kindergärten ausgedacht und die Proteste der Eltern ignoriert und arrogant vom Tisch gewischt. In Bayern wird im Hauruck-Verfahren die Schulzeit der Gymnasialisten verkürzt und jetzt fangen erst die Probleme an: Zu wenig Lehrer, Gestaltung der Mittagsbetreuung (Organisation bleibt an den Eltern hängen), wann sollen die Kinder noch musischen und sportlichen Hobbys nachgehen? Bayern wird die Teilhauptschulen schließen und kürzt die Zuschüsse an die Musikschulen ... und und und.

Das sind keine guten Nachrichten aus München! Früher haben MinisterInnen zu solchen Einladungen Geld mitgebracht. Wenn sie sich das nicht mehr leisten können, dann sollten sie auch die Kosten für solche Dienstreisen einsparen.

Barbara Heumann

Warum ich aus der SPD ausgetreten bin

Nach jahrelangem Zweifeln und Zögern, nachdem sich auch in Lindau Ende der Sechziger ein sogenanntes „republikanisches Forum“ gegründet hatte, bei dem ich aktiv mitgearbeitet hatte, nachfolgender Teilnahme bei den Jusos, bin ich 1972 – als Willy Brandt als Bundeskanzler durch konstruktives Misstrauensvotum gestürzt werden sollte – im Frühjahr 1972 spontan der SPD beigetreten. Wie so viele Menschen ... Die SPD errang damals



einen ihrer strahlendsten Wahlsiege der Nachkriegszeit. Schon bei der damaligen Urabstimmung der drei SPD-Kandidaten Schröder, Scharping und Heidi Wiczorek-Zeul (Entwicklungsministerin in zwei Rot-Grünen Kabinetten) stimmten die meisten meiner damaligen politischen Freunde gegen Schröder, den „Genossen der Bosse“, wir stimmten auch nicht für Scharping, sondern wie selbstverständlich für die „Rote Heidi“. Als Schröder dann Kandidat war habe ich zähneknirschend 1998 und 2002 für ihn gestimmt, sozusagen aus Parteidisziplin. Seit mehreren Jahren kämpfe ich in der Lindauer SPD einen verzweifelten und einsamen Kampf gegen die von Kohl begonnene und dann von Schröder unter dem Vorwand von „Reformen“ propagierte Verarmung der Menschen. Gab es zur Zeit des Regierungsbeginns von Rot-Grün 1,9 Millionen arme Kinder so sind es heute über 4 Millionen.

Dass sich diese Leute nicht schämen! Eines der reichsten und mächtigsten Länder der Welt! Die Anzahl der Reichen wächst täglich! Die Kosten der deutschen Einheit wurden fast vollständig von den kleinen Leuten getragen, während die Reichen nicht genug vom Raffan bekommen konnten. Es wird allerhöchste Zeit, dass diese Bewegung umgekehrt wird und zwar sofort!

Josef Jocham

Impressum

V.i.S.d.P.: Karl Heinz Brombeis, Bismarckplatz 1-2, 88131 Lindau (B)

Auflage: 10.000 Exemplare, www.bunteliste.de

Gestaltung: die medieninsel – Produktion: Druckerei Kleb

Stadtbuswerbung

Bayrisch, steirisch ... gräßlich.

Als wir vor über zehn Jahren den Stadtbus in Lindau eingerichtet haben, beschlossen wir einstimmig, dass wir auf den Bussen keine Werbung haben wollen, also keine Küchen-Brauerei-Schweinehälften-Werbung. Wir machten an den Bushaltestellen schöne innovative Werbung zum Thema „Stadtbus“. Als der neue Geschäftsführer dann kam, war eine seiner ersten Aktionen, diese Werbung einzustellen, weil zu teuer. Im darauffolgenden Jahr hatten wir dann gleich einen saten Beförderungsrückgang. Und da der Stadtbus noch ein bisschen defizitärer wurde, kam der neue Geschäftsführer Roland Warner auf die Idee, dass wir den Fahrpreis erhöhen sollten; das aber fand der Aufsichtsrat nicht gut, weil er schon einmal erhöht hatte.

Richtig Geld verdienen!?

Dann kam unser allerwertester Geschäftsführer der Stadtbus GmbH, die übrigens grade in die „Stadtwerke GmbH & Co KG“ verunstaltet wird, in einer Sitzung auf die Idee: unser Bus muss in Zukunft mit Großwerbung beflastert werden, weil wir damit richtig Geld verdienen können. Er sagte, der Stadtbus hat kein „Alleinstellungsmerkmal“ - was das auch immer sein mag. Folglich haben jetzt zwei Busse dieses Alleinstellungsdingbums, aber schöner aussehen tun sie deswegen nicht. Er forderte auch die bis dato schon beschlossene Innenwerbung auf den A3-Werbeträgern muss teurer werden, damit mehr Werbung verkauft werden kann. Bis zu diesem Termin nahmen Vereine oder Gewerkschaften diese Werbeträger z. B. gerne in Anspruch, weil kostengünstig. Wir Bunten wunderten uns und stimmten dagegen, logisch, wenn die gleiche Leistung viel teurer wird und die Leistung nicht zunimmt. Fakt ist, dass im Augenblick, wenn überhaupt, nur Eigenwerbung oder handgemalte Kinder-Bilder, oder auch „benutz' Dein Handy nicht“-Plakate zu sehen sind, also alles andere, nur nix Bezahltes.

Bahnhaltepunkte

Nachbarn haben's vorgemacht

Teile des Stadtrates möchten Lindaus wunderbaren Jahrmarkt-Rummelplatz an der Inselhalle beseitigen und dort ein Parkhaus errichten lassen. Alle diesen Sommer vorgelegten Finanzierungsstudien zu einem derartigen PKW-Parkhaus prophezeien allerdings ein jährliches herbes Minus zu Lasten der städtischen Finanzen. Einige der Parkhaus-Aktionisten stellten trotzdem auf stur und beharren weiter auf ihren diffusen Vermutungen. Über Alternativen zur Entlastung der Insel und der Festlandstadtteile vom Auto-Verkehr wird von dieser Seite nicht mehr engagiert nachgedacht. Doch in Lindaus Nachbarschaft sind Alternativen zum Greifen nahe.

Die Aktionsgemeinschaft für den Erhalt des Inselbahnhofes wandte sich deshalb mit einer kleinen Dokumentation an die Stadtratsmitglieder und Frau Oberbürgermeisterin Seidl.

Darin zeigt sie auf, wie in den inzwischen acht Jahren, seit die DB AG den Lindauer Bahnhof von der Insel nach Reutin verlegen will, beispielsweise in Friedrichshafen das Angebot an Nahverkehrshaltestellen der Eisenbahn in den auch dort weitläufig verstreuten Stadtteilen systematisch verbessert und zu einer Alternative für viele durch Stau und Lärm gestresste Bürger/innen ausgebaut wurde.

Seit Ende Mai 1997 hält die Oberschwäbische Regionalbahn BOB „Geißbockbahn“ auch an der neu eingerichteten Haltestelle am Flughafen/Gerbertshaus im Nordosten der Stadt. Seit Ende 2003 lässt auch die DB AG dort bei einem Teil ihrer Regionalzüge Passagiere ein- und aussteigen.

Im Jahre 2001 wurde im Westen der Stadt an der Strecke der „Bodensee-Gürtelbahn“ Lindau-Radolfzell die neu errichtete Haltestelle Landratsamt/Oberhof eröffnet. Im Juni 2005 kam die Haltestelle Manzell/MTU hinzu. Diese wurde auf der eingleisigen Bahnstrecke sogar zu einer zweigleisigen Haltestelle ausgebaut, damit gegenläufige Züge einander ausweichen können. Für den Herbst 2005 planen die Stadtverwaltung, der Landkreis und die Nahverkehrsgesellschaft Baden-



Bayrisch, steirisch...gräßlich! Nicht nur diese Werbung läßt unseren Stadtbus billig, käuflich und verramscht erscheinen.

Die hören nicht auf die Obine

Auf den Bussen außen gibt's auch nichts Neues, nur eine schlecht gemachte Werbung eines Insel-Restaurantes, man/frau fragt sich, welche Werbeagentur hatte da eine solche kreative Sekunde?! Oder der Oberhit: die Außenwerbung in eigener Stadtwerke-Sache: „Fahren Sie nicht mehr mit Dieselfahrzeugen rum, sondern fahren Sie mit unserem sauberen Erdgas!“ Da staunt man dann schon ein wenig, denn alle Stadtbusse riechen nach Diesellabgasen. Wenn man/frau dann, wie ich grade, im Stau hinter dem Stadtbus 5 Minuten im Dieselruß steht, weil der Fahrer nicht abschaltet, wegen

Aircon versteht sich, ist das ein klasse Vorbild. Diese Werbung hatte die Obine eigentlich verboten, aber die hören einfach nicht auf sie...

Auch bei dieser Werbung fragen wir uns, wer diese unverschämte gute Idee hatte und diese bunten Bildchen zusammenkreativiert hat.

Also lieber Geschäftsführer und auch die lieben Aufsichtsratskollegen, lasst uns in einer der nächste Sitzungen diesen hässlichen Unsinn rückgängig machen!

Max Strauss



Haltepunkt Aeschach: Die meisten Züge brausen vorbei. Dennoch, mit einfachen Mitteln kann hier nachgeholfen werden.

Württemberg die Wiedereröffnung zweier weiterer Haltestellen, jene von Fischbach und Kluftern. Beide waren im Rahmen des Bahnsterbens der vergangenen Jahrzehnte als Bahnhöfe stillgelegt worden. Ihre Wiederinstandsetzung kostet rund 1 Million Euro. Eine Lokalredaktion formulierte zu ihrem entsprechenden Bericht eine zukunftsweisende Überschrift: „Dem Stau auf der Schiene entgegen“. Dabei sind Baden-Württemberg und Friedrichshafen nicht weniger vom Auto geprägt wie Lindau. Bereits 200 zusätzliche Fahrgäste täglich lassen solch eine Nahverkehrshaltestelle auch finanziell rentabel werden. Dies gab auch die Bayerische Eisenbahngesellschaft beg, als ökonomische Meßlatte vor, als sie 1998 ihre Potentialstudie zur Wiedereröffnung von Bahnhaltstellen im Landkreis Lindau veröffentlichte.

Nach dieser könnten neu gestaltete Haltestellen in Zech, Reutin, Aeschach in Richtung Allgäu, Oberreitnau, Rehlings und Schlachters finanziell abgesichert betrieben werden. Doch im Unterschied zur westlichen Nachbarstadt, unternahmen in Stadt und Landkreis Lindau die konservativen Stadt- und Gemeinderatsmehrheiten, Lindaus Oberbürgermeisterin, die Gemeindegemeinderäte, die Landräte und Bayerns Verkehrsminister Wiesheu bisher nicht die nötigen Schritte, um ein derart zukunftsfähiges öffentliches Verkehrskonzept auf den Weg zu bringen. Dieses böte als Ergänzung zum Hauptbahnhof auf der Insel und dem öffentlichen Bussystem auch eine Parkplatzentlastung für die Stadtteile Insel und Aeschach.

Charly Schweizer

Realschul-Neubau

Grüner Antrag abgeschmettert



Sanieren wäre einfacher als Wachküssen: Das ‚Dornröschenschloß‘ Realschule auf der Insel.

Über zehn Jahre hat der Landkreis, aus Geldmangel, so gut wie nichts für die bauliche Erhaltung seiner Realschule auf der Insel getan. Das wäre sicher länger so geblieben, hätte die Bayerische Staatsregierung sich nicht für die Umstellung von einer vier- auf eine sechsjährige Schulzeit entschieden. Das bedeutete ab 2001/02 zwei SchülerInnen-Jahrgänge mehr an der Schule. Plötzlich war die Raumfrage Thema. Ist-, Bestands- und Bedarfs-Analysen wurden von einem einheimischen Architekten entwickelt und die Realisierbarkeit in mehreren Varianten im alten Gebäude dargestellt und berechnet. Alternativ hat ein Architekt und Investor aus dem hiesigen Raum, ohne Detailanalyse behauptet, ein Neubau auf der grünen Wiese sei billiger. Für den klammen Landkreis würde er die neue Schule gar voll finanzieren. Der Kreis würde sie nach diesem Modell anmieten. Es dauerte nicht lange, bis sich eine Neubau-Fraktion, mit Landrat Dr. Leifert an der Spitze, quer durch alle Fraktionen im Kreistag bildete. Weg mit dem alten Zeug, Verkauf an einen Investor; und das Problem ist gelöst. Nur, der Landkreis hat kein Geld, er kann sich die neue Schule nicht leisten. Die Regierung von Schwaben hat ihm zuletzt schon einen Millionen-Kredit aus dem Haushalt gestrichen. Und die Stadt will sich keine Schulruine einhandeln. Es wird gefeilscht wie auf den Pferdemarkt.

Die Grünen-Fraktion ist inzwischen umgeschwenkt und hat einen sinnvollen Vorschlag dem Kreistag vorgelegt: Verzichtet der Kreis auf den Neubau, spart er weitere Zinsen und kann mit gut 200.000,- Euro jährlich in wenigen Jahren die alte Realschule auf der Insel sanieren. Der vorhandene Raum erfüllt die Forderungen des Kreistags. Abgeschmettert!

Abgesehen von rücklaufenden Schülerzahlen (man diskutiert schon die Zusammenlegung mehrerer SchülerInnen-Jahrgänge, wie in früheren Zwergschulen), abgesehen von der Finanzierung und den Gelände-problemen am Neubauort, bei der Berufsschule/FOS. Was bedeutet die Abwanderung der Realschule von der Insel? Annähernd 400 Schülerinnen und Schüler kommen nicht mehr täglich auf die Insel! Da fehlen 400 Menschen, Leben und Kaufkraft. Wo bleibt da der Aufschrei des AKL und des Stadtmarketing. Hat unser teures Stadtmarketing schon mal berechnet, was es kostet, 400 Menschen täglich auf die Insel zu bringen?



Ich werde im September die neue Linkspartei wählen, weil: sie die Chance für einen neuen sozialen und wirtschaftlichen Ansatz bietet. Die Verleumdungen der etablierten Parteien irritieren mich nicht, ich kenne das aus der Gründungszeit der Grünen.

Lothar Höfler

Krankenhaus Lindau

Steht ProCura Med vor dem „Aus“!

Zehn „bayerische“ Krankenhäuser sollten es 2004 noch werden. Wir erinnern uns an die tolle „Power Point Präsentation“ in der Inselhalle. Doch schon beim zweiten Kaufversuch in Kronach, Anfang 2005, drehte Geldgeber Günter Thiel über die ProCura Med AG, in Gland/CH, den Geldhahn zu. Die Reputation in der Branche ist damit im Eimer, ProCura Med wird kein weiteres Krankenhaus in Bayern mehr akquirieren. Seither verlässt die Mannschaft das sinkende Schiff: erst, im März, Mitgründer Bernhard Thiel - er hat zwischenzeitlich eine Konkurrenzfirma gegründet -, dann der arrogante Dr. Rehbein, im Mai, und nun soll auch der schneidige Dr. Hartung von Bord gehen. Bleibt noch Hans-Peter Maier, in Personalunion Geschäftsführer der Krankenhäuser Lindau und Dillingen und der Muttergesellschaft ProCura Med in Nürnberg. Als einer der Letzten, löscht er nun in Nürnberg das Licht und verlegt den Firmensitz nach Lindau. Ein Pessimist, wem da Böses schwant.

Am 26.06.04 überschrieb Dr. Kay Evers seinen Leserbrief in der LZ mit: „Der Investor wird den Hahn zudrehen“. Als Mitglied der Bürgerinitiative zur Erhaltung des Krankenhauses Lindau in kommunaler Hand (BI), entsprach diese Einschätzung weniger einer prophetischen Eingabe. Sie war das Ergebnis der Analysen der Firmen um ProCura, ProCura Med, der Steuer-, Revisions- und Treuhandkanzlei WPS in Ulm und im besonderen, des Firmenkonglomerates von Geldgeber und Global- Player Günter Thiel, in der Schweiz, Luxemburg und Deutschland. Auch die überwiegende Mehrheit der BürgerInnen des unteren Landkreises teilte diese Auffassung und brachte dies bei den Unterschriftensammlungen und den Podiumsdiskussionen im Februar 2004 zum Ausdruck. Landrat Dr. Leifert und über 90 % der Kreisträte ficht das nicht an. Man hatte ein Problem: die Schulden des Krankenhauses und kein Geld im Kreissäckel. Da kam ProCura Med und wie dem geschenkten Gaul, schaute man nicht zu tief..... Im Kreistag stießen die Aktivitäten der BI sauer auf. Stimmen waren zu hören, wie: von der Strasse lasse man sich schon gar nicht dreinreden.

Was folgte, war die Farce eines höchst undemokratischen Bürgerbegehrens und Bürgerentscheides im August 2004 -mitten in den Sommerferien- geschickt gesteuert vom Landrat und der Kreistagsmehrheit. Der Bürgerentscheid scheiterte, wie von jenen kalkuliert, an mangelnder Wählerbeteiligung und ProCura Med bekam das Krankenhaus am 1.Oktober 2004.

Personal, die Lindauer Ärzteschaft und die kritische Öffentlichkeit warten seither auf den privatwirtschaftlichen frischen Wind in den alten Fluren des Krankenhauses. Doch es regt sich nichts, kaum ein laues Lüftchen.

Wir machen uns Sorgen. Mit dem Desaster in Kronach ist die Illusion Klinikgruppe ProCura Med gestorben. Was bleibt, ist eine kleine Privatklinik, mit kleinen Brötchen im Angebot, in einem schwierigen Markt aber mit einem Börsenhai als Besitzer. Wie lange geht das gut? Die schlimmsten Befürchtungen der Bürgerinitiative sind eingetroffen.

Lothar Höfler



Was wählen?

Um Himmels willen, was sollen wir wählen?

Eigentlich hatte ich vor, gar nicht zu wählen. Denn jeder weiß, zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb gibt es, abgesehen von ihren Wahlversprechen, keine nennenswerten politischen Unterschiede. Rot-Grün hat uns belogen und Schwarz-Gelb wird uns belügen. Der sozialpolitische Kahlschlag der Rot-Grünen, der einmalig ist in der Geschichte der Bundesrepublik, wird mit der alten und einer neuen Regierungsmannschaft weitergehen und wird uns von beiden Seiten als einzigste, notwendige Handlungsrichtlinie vorgelogen. Man will uns weis machen, dass jeder, der Alternativen aufzeigt, ein Träumer, Utopist, Radikaler oder Populist ist. Man will, dass das Glaubensbekenntnis des Kapitals als oberste Maxime, als Naturgesetz, ja fast als Gottesfügung in unsere Köpfe eingebrannt wird. Ein Aufbegehren gegen dieses Dogma, ein Suchen nach Alternativen muss im Keime erstickt werden. Was bleibt, wenn man dieser Politikerkaste aus Rot-Grün/Schwarz-Gelb und deren Helfershelfern die rote Karte zeigen will? Jawohl, es muss wieder „links“ gewählt werden, es muss wieder eine Opposition in den Bundestag, es muss wieder jemand die Stimme für das Volk erheben, muss sagen können, dass Schluss ist mit weiteren Belastungen für Rentner und ArbeitnehmerInnen, mit Abbau von demokratischen Rechten, mit der Zerschlagung von Mitbestimmungsrechten im Betrieb, mit der Demontage des Tarifrechts. Daher wähle ich die neue „Linkspartei“, denn es ist Zeit für eine Opposition im Bundestag.

Klaus Thiel



MS Lindau - HOCH!

Symbolträchtig - etwas verwahrlost und mit leichter Schlagseite - liegt die 'Lindau' derzeit im Hafenbecken. Dabei gäbe es eine Möglichkeit, dieses ehemalige Flaggschiff als Schmuckstück und Werbeträger für Lindau auf dem Bodensee kursieren zu lassen. Der Schweizer Tüftler Hansueli Stettler hat ein schlüssiges Konzept für ein Ferien- und Hotelschiff in seiner Schublade. Was fehlt, ist der letzte Kick ... und ein Schiff, wie die MS Lindau. Kontakt: Hansueli Stettler, Konkordiastraße 23, CH 9000 St. Gallen, www.ferienschiff.ch

Wir gratulieren!

Auch wenn er sich mit Händen und Füßen und - wie gewohnt - wortgewaltig dagegen wehrte: Landrat Dr. Leifert erhielt Anfang August die „Demokratie-Gurke 2004“. Nach den Worten von Roman Huber, dem Geschäftsführer von Mehr Demokratie e.V. seien beim Bürgerentscheid „Krankenhaus“ im August letzten Jahres die Mindeststandards eines Bürgerentscheides massiv unterboten worden. Insbesondere der vom Landrat gewählte Termin - an einem Mittwoch in den Ferien - sowie die Bürgerinformation lediglich durch Anzeigen statt mittels Wahlkarten veranlaßte Mehr Demokratie e.V. zu dieser Preisverleihung. Wir gratulieren!